



Dezember 2013 23

Museumsblätter

Mitteilungen des
Museumsverbandes Brandenburg

**> Erworben oder angeeignet?
Ein Jahrhundert schaut in den Spiegel**

NS-Raubgut
Schlossbergung
Republikflucht
Provenienzforschung
Restitution

Autorinnen und Autoren

Dr. Iris Berndt	Referentin beim Museumsverband des Landes Brandenburg
Dr. Marlies Coburger	Historikerin, Berlin
Mathias Deinert	Germanist, Potsdam
Dr. Uwe Hartmann	Leiter der Arbeitsstelle Provenienzforschung/-recherche, Berlin
Dr. Christian Hirte	Historiker, Berlin
Dr. Gabriela Ivan	Kunsthistorikerin, Berlin
Frank Kallensee	Ressortleiter Kultur, Märkische Allgemeine Zeitung
Dr. Ulrike Kersting	Archäologin und Historikerin, Mahlow
Jan Thomas Köhler	wiss. Mitarbeiter für das Forschungsprojekt der SPSG (März 2012–Februar 2013)
Andreas Köpp	Museum Gusow-Platow
Dr. Susanne Köstering	Geschäftsführerin des Museumsverbandes des Landes Brandenburg
Dr. Lutz Libert	wiss. Mitarbeiter des Ehm Welk- und Heimatmuseums Angermünde
Dr. Andreas Ludwig	wiss. Mitarbeiter des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam
Ina Metzner	Praktikantin des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam
Torsten Rüdinger	Museumsleiter der Historischen Mühle von Sanssouci
Claudia Schmid-Rathjen	Kulturamtsleiterin der Gemeinde Wandlitz
Prof. Dr. Franz Schopper	Direktor des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum
Dr. Stephanie Tasch	Dezernentin bei der Kulturstiftung der Länder, Berlin
Markus Wicke	Vorsitzender des Fördervereins des Potsdam Museums e.V.

Bildnachweis

Titelbild, S. 4	Potsdam Museum
S. 6, 8	Museum Wiesbaden
S. 10	Zentralinstitut für Kunstgeschichte München
S. 12	NEUMEISTER/Zentralinstitut für Kunstgeschichte München
S. 13	Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz
S. 14	Heimatmuseum Müllrose (Foto: Romy Werner)
S. 17	Museum Perleberg (Foto: Peter Knüvener)
S. 18, 20–21	Heimatmuseum Müllrose (Foto: Romy Werner)
S. 19	Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin (Foto: Otto Herfurth)
S. 24–27	Potsdam Museum
S. 30	Stiftung Fürst-Pückler-Museum Branitz (Foto: Willy Thiel)
S. 33	Stiftung Fürst-Pückler-Museum Branitz (Foto: Bernd Choritz, Vetschau)
S. 34	Lorenz Kienzle, Berlin
S. 37	Museum Dominikanerkloster Prenzlau
S. 40	Potsdam Museum
S. 44	Ehm Welk- und Heimatmuseum Angermünde (Foto: Laura Promehl)
S. 45	Gemeinde Wandlitz
S. 46	Filmmuseum Potsdam
S. 47	Danish Puthan Valiyandi, Berlin
S. 48	Dr. Ulrike Kersting, Mahlow
S. 49	Markus Wicke, Potsdam
S. 50–51	Potsdam Museum (Foto: Michael Lüder)
S. 52	Kleist-Museum Frankfurt (Oder) (Foto: Horst Drewing)
S. 54	Archiv Gedenkstätte „Seelower Höhen“ (Foto: Andreas Prinz)
S. 59	Oderlandmuseum (Foto: Marlies Coburger, Berlin)

Wir haben uns bemüht, alle Bildrechte zu klären.
Sollten weitere Personen in ihren Rechten betroffen sein,
bitten wir um eine Nachricht.

Inhalt

Forum

Erworben oder angeeignet?

Ein Jahrhundert schaut in den Spiegel

- 6 Zur Herkunft von Kunst und Kulturgütern
Die Kulturstiftung der Länder engagiert sich
[Stephanie Tasch](#)

- 10 Auf der Suche nach NS-Raubgut
Zu den Aufgaben der Arbeitsstelle für Provenienzforschung
[Uwe Hartmann](#)

- 14 Provenienzforschung in Brandenburg
Erstcheck in Stadt- und Regionalmuseen
[Iris Berndt](#)

- 18 Aus der Gräflich zu Lynarschen Bibliothek
Provenienzforschung am Heimatmuseum Müllrose
[Marlies Coburger](#)

- 24 Verdächtige Stempel
Zur aktuellen Provenienzforschung im Potsdam Museum
[Mathias Deinert](#)

- 30 Carl Blechen
Kunstankäufe für die „Städtische Bildersammlung Cottbus“ in den Jahren 1933–1945
[Gabriela Ivan](#)

- 34 Zwischen 1945 und 1989
Ein Forschungsprojekt an der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg
[Jan Thomas Köhler](#)

Fundus

- 40 [Arena](#)
- 45 [Personalia](#)
- 48 [Schatztruhe](#)
- 50 [Schon gesehen?](#)
- 55 [Lesestoff](#)

Zwischen 1945 und 1989

Ein Forschungsprojekt an der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

Jan Thomas Köhler



Die beiden Abbildungen in diesem Beitrag zeigen Beispiele von sogenanntem Schlossbergungsgut in brandenburgischen Museen.

Niederlausitz-Museum Luckau: Diese Kommode mit Jagdmotiven wurde wohl im 19. Jahrhundert in neobarocken Formen gefertigt und kam 1952 ins Museum. Sie wurde für 125 Mark aus Bornsdorf angekauft und stammt aus dem dortigen Schloss. Auftraggeber der Kommode war wohl die Familie von Thermo, die mit der Familie von Manteuffel, zuletzt Besitzer von Bornsdorf, verwandt war. Das Schloss Bornsdorf steht nicht mehr, es wurde 1971 abgerissen. Nur der mittelalterliche Bergfried auf dem ehemaligen Gutsgelände blieb erhalten.

Ziel der Politik der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) war und ist es, sämtliche unrechtmäßig oder unter moralisch fragwürdigen Bedingungen an die SPSG gekommenen Sammlungsbestände zu überprüfen, die vorherigen Besitzer bzw. die rechtmäßigen Eigentümer ausfindig zu machen und die Werke zu restituieren oder – analog zur Behandlung der Fälle NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes – „faire und gerechte Lösungen“,

gegebenenfalls unter Zahlung einer Ausgleichssumme, zu erreichen. Die SPSG gehört zu den Pionieren in der wissenschaftlichen Provenienzforschung in Deutschland. Sie betreibt seit 2004 erfolgreich Provenienzforschung zur Ermittlung unrechtmäßigen Kunstbesitzes in den eigenen Beständen. Seitdem wurden bereits ca. 130 Kunstwerke restituiert bzw. entschädigt, darunter 14 Kunstwerke, die als NS-verfolgungsbedingt entzogen galten.

Schnell wurde bei der Arbeit zur Auffindung von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut klar, dass auch weitere SPSG-Bestände einer eingehenden Untersuchung bedürfen, denn eine große Zahl von Kunstwerken wurde erst nach Kriegsende z. B. in Folge der sogenannten Bodenreform erworben bzw. der Vorgängerinstitution der SPSG zugewiesen. Zudem befinden sich unter den Zugängen dieser Zeit teilweise auch NS-verfolgungsbedingt entzogene Kunstgegenstände, so dass deshalb eine Rückgabe an die Anspruchsberechtigten der Zeit nach dem 8. Mai 1945 nicht ohne weitere Forschungen zur Provenienz der Stücke für die Zeit zwischen 1933 und dem Eigentumsentzug möglich ist. Zudem ist, bedingt durch die Schwierigkeiten und Wirren der Nachkriegszeit, die eine genaue Photo-Dokumentation oder Inventarisierung der beschlagnahmten Bestände offenbar nicht möglich machte, eine sichere Zuordnung vieler Kunstgegenstände zu den Erwähnungen in schriftlichen Überlieferungen ohne weitere Forschungen unmöglich. Durch die seit 1994 bestehende Rechtslage sind die ehemaligen Eigentümer von enteigneten Schlössern und Gütern aber grundsätzlich berechtigt, das damals sichergestellte Kunstinventar zurückzufordern.

Spätestens seit den Ergebnissen des Bundestags-Untersuchungsausschusses der 12. Wahlperiode (sogenannter KoKo-Untersuchungsausschuss) ist einer breiteren Öffentlichkeit bekannt, dass Museen und Kulturinstitutionen der DDR über den „Staatlichen Kunsthandel der DDR“ und vor allem die dem „Bereich Kommerzielle Koordinierung“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR unterstehende „Kunst und Antiquitäten GmbH – Internationale Gesellschaft für den Export und Import Kunstgegenständen und Antiquitäten“ (KuA) Kunst- und Kulturgut angekauft und veräußert

haben. Der Rahmenvertrag zwischen KuA und Schlösserverwaltung wird im Bundestags-Untersuchungsbericht ausdrücklich erwähnt. Für die Erforschung dieses seit 1945 an die SPSG gekommenen Kulturgutes war und ist – anders als im Bereich des NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes – bislang von seiten des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) oder anderer Institutionen keinerlei finanzielle Förderung vorgesehen.

Das Pilot-Forschungsprojekt

Mit finanzieller Unterstützung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur konnte die SPSG von März 2012 bis Februar 2013 ein Pilot-Forschungsprojekt mit dem Titel „Archivrecherche zu den Beziehungen zwischen der Potsdamer Schlösserverwaltung (Staatliche Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci) und dem Staatlichen Kunsthandel der DDR, inklusive einer Bestandsaufnahme des Kunsterwerbs der Potsdamer Schlösserverwaltung zwischen 1945 und 1989 aus dem Staatlichen Kunsthandel der DDR“ durchführen.

Es sollte mit diesem Projekt geprüft werden, ob neben dem NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgut und dem in Folge der Bodenreform an die SPSG gekommenen Kunstgut auch mit der Interaktion der Staatlichen Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci mit dem Staatlichen Kunsthandel der DDR ein Unrechtstatbestand vorliegt, der dringend aufgearbeitet werden sollte. Aufgabe dieser Archivrecherche sollte auch sein, in Zukunft anhand eines Teilbestandes fundiert zeigen zu können, welche Probleme sich gegebenenfalls quantitativ und qualitativ in den Beständen der Museen in den neuen Bundesländern verbergen oder verbergen können.

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur legt Wert auf die Bemerkung, dass sich der Stiftungsrat der Bundesstiftung nach ausgiebiger und durchaus kontroverser Diskussion zur Förderung des Projekts entschlossen hat, um damit einen Beitrag dazu zu leisten, dass ein weiterer wichtiger Bereich des unter der SED-Diktatur begangenen Unrechts anhand eines Pilotforschungsprojektes endlich angegangen wird.

Die Bundesstiftung hat jedoch bei den Gesprächen im Vorfeld der Projektentscheidung auch unmissverständlich deutlich gemacht, dass dieses Projekt weder verlängert werden, noch Folgeprojekte bei anderen Museen nach sich ziehen kann, denn die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sieht die Aufarbeitung der Museumsbestände unter diesem Aspekt als eine genuin staatliche Aufgabe an, die vom BKM – etwa analog der Aufarbeitung des NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes – finanziert werden müsse.

Im Rahmen des Projektes wurden vorrangig Archivalien zum Kunsterwerb aus dem Staatlichen Kunsthandel der DDR im Archiv der SPSG ausgewertet. Ergänzend wurden hierzu auch Zeitzeugen, ehemalige Mitarbeiter der Staatlichen Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci bzw. nach 1990 ausgeschiedene Mitarbeiter der SPSG zu den Kunsterwerbungen bzw. Kunstveräußerungen befragt.

Das Archiv der SPSG

Das SPSG-Stiftungsarchiv entstand in der heutigen Form erst 2003 und umfasst derzeit einen Bestand von ca. 300 laufenden Metern. Die archivarische Überlieferung im Archiv der SPSG ist für den betrachteten Zeitraum – entgegen der ursprünglichen Annahme – insgesamt als lückenhaft und unstrukturiert zu bezeichnen. Dies ist auf die Entstehungssituation des Archivs zurückzuführen und nicht den heutigen Archivaren anzulasten. Bekannt waren bislang große Lücken, die vor allem durch die Verluste an Archivalien durch Kampfhandlungen während des Zweiten Weltkrieges zustande kamen. Die unzureichende Überlieferung der unmittelbaren Nachkriegszeit könnte man evtl. auf den allgemeinen Mangel an Material und Personal zurückführen. Auch dürften die damaligen Gepflogenheiten bezüglich der Nachweisführung im Kunstgutbestand und die außerhalb der Bestände an Gemälden, Grafik und Skulptur, bei denen Objektinventare (Generalkataloge) vorlagen, unvollständige Inventarisierung (Rauminventare) ihren Teil dazu beigetragen haben, dass Unterlagen dieser Periode nicht immer klar aussagekräftig sind.

Die mangelnde Kohärenz der weiteren Überlieferung bezüglich des Kunstgutes bis in die 1970er Jahre hinein aber überraschte. Zum Teil mag dies auf das in der Entstehungszeit der Akten noch nicht vorhandene Archiv zurückzuführen sein, d. h. die Akten verblieben bei den Bearbeitern und wurden bei Platzmangel in nahegelegenen Dachböden oder Abseiten untergebracht, von wo sie 2003 in das Archiv übernommen wurden, oder vernichtet. So finden sich in den Verwaltungsakten auch Rechnungen über das Aussortieren von Akten zu Altmaterial und Quittungen über den Verkauf von Altpapier. Bereits 1965 wurde dabei festgestellt, dass offenbar auch wichtige Akten an den Altpapierhandel abgegeben worden waren, die nun fehlten. Auch die Rechnungs-Akten der 1970er und 1980er Jahre sind erkennbar unvollständig und die ursprünglichen Überlieferungszusammenhänge sind immer wieder gestört worden.

Die Zeitzeugenbefragung ergab u. a., dass z. B. in der Generaldirektion die aktuellen Herausforderungen immer Priorität hatten zu Lasten einer korrekten Aktenablage. Außerdem war es den Mitarbeitern 1990 gestattet, die eigenen Aktenbestände durchzusehen und zu „säubern“.

Insgesamt betrachtet darf man nicht davon ausgehen, das Gesamtgeschehen an den Staatlichen Schlössern und Gärten Potsdam-Sanssouci anhand der im SPSG-Archiv überlieferten Archivalien vollständig darstellen zu können.

Das Erbe des Kunsthandels der DDR

Ein weiterer wichtiger Part des Projektes bestand in der Klärung des Zuganges zu den Geschäftsunterlagen des Staatlichen Kunsthandels der DDR und der Kunst und Antiquitäten GmbH (KuA), bilden sie doch die für eine Provenienzforschung enorm wichtige Gegenüberlieferung zu den SPSG-Archivalien. In diesen Akten sind z. B. die Personen oder Firmen namentlich benannt, die Kunstwerke an den Staatlichen Kunsthandel verkauft haben oder von ihnen erworben haben.

Die Unterlagen der nach dem Ende der DDR liquidierten Firmen werden im Auftrag des Bundesfinanzministeriums von einer Privatfirma verwahrt. Eine wissenschaftliche Nutzung wurde in der Vergangenheit aus Gründen des Datenschutzes in der Regel nicht gestattet. Dieser unhaltbare Zustand wurde bereits im Mai 2011 auf dem Symposium „Kunst gegen Valuta“ in Potsdam (das auch von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mitfinanziert wurde) beklagt. Bei den Arbeiten zu diesem Projekt konnten diese Aktenbestände leider – anders als geplant – noch nicht ausgewertet werden. Einerseits verfügt die Nachfolgeorganisation der Treuhand nicht mehr über Personal, das für eine wissenschaftliche Nutzung der Bestände unabdingbar ist. Andererseits sind die Akten bislang nicht erschlossen, d. h. es sind zu den Beständen keine Findmittel angelegt worden. Immerhin konnte – auch durch dieses Projekt – erreicht werden, dass diese Bestände, die mit allen anderen Akten ehemaliger DDR-Staatsbetriebe (und späterer Treuhand-Betriebe) vom Bundesarchiv übernommen werden sollen, dort zu den vorrangig zu erschließenden Beständen gehören sollen. Insgesamt handelt es sich um 180 lfm für den Staatlichen Kunsthandel der DDR und um 120 lfm für die Kunst und Antiquitäten GmbH (KuA). Leider konnte das Bundesarchiv keine verbindlichen Aussagen machen, wann die Aktenbestände für die Benutzung zur Verfügung stehen werden, da auch der Zeitpunkt der Übergabe ins Bundesarchiv noch nicht feststeht.

Aus den ausgewerteten Archivalien geht hervor, dass die Staatlichen Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci bis 1990 kontinuierlich Werke aus dem Staatlichen Kunsthandel der DDR erwarben, wobei aber in den Ankaufsbelegen in keinem Fall weiterführende Provenienzanangaben übermittelt wurden.

Spielte bis mindestens Mitte der 60er Jahre der private Kunsthandel in der DDR noch eine große Rolle, so versuchte man doch kontinuierlich den Einfluss von Privathändlern zurückzudrängen. Dazu wurde 1955 der „Volkseigene Handel (VEH) Antiquitäten“ gegründet. Analog zu dieser Entwicklung nehmen die Kunstankäufe der Schlösserverwaltung aus dem Staatlichen Kunsthandel gegenüber anderen Ankäufen zu.



Museum im Dominikanerkloster Prenzlau: Dieser Ofen steht seit Anfang der 1970er Jahre in der Ausstellung des Prenzlauer Museums. Er stammt aus dem Herrenhaus Görzitz und war angeblich ein Geschenk von Ludwig XV. an den preußischen Generalleutnant und Kriegsminister Carl Heinrich von Wedel (gest. 1782 in Görzitz). Die Familie Wedel bewohnte das Herrenhaus bis 1945. Der schöne Fayencofen kam ins Museum, nachdem die Schule, die ab 1946 im Herrenhaus eingerichtet worden war, wegen Baufälligkeit geschlossen wurde. 2008 wurde es abgerissen. Das Foto aus den Kunstdenkmäler-Inventarbanden zeigt ihn an seinem ursprünglichen Standort im Herrenhaus Görzitz.

Seit Anfang der 1960er Jahre lassen sich auch Verkäufe in den Staatlichen Kunsthandel nachweisen. Eine Verkaufsaktion nach Leipzig im Jahre 1963 bildet die erste aktenkundige Aktion, bei der die Einflußnahme staatlicher Stellen deutlich wird, denn am 1.10.1963 erhielten die DDR-Museen vom Minister für Kultur der DDR eine „Anweisung über die Abgabe von Antiquitäten der bildenden Kunst, des Kunsthandwerks und der Numismatik durch die Museen der DDR an den Staatlichen Kunsthandel“.

Die erzielten Erlöse wurden dabei geteilt, eine Hälfte verblieb den Museen zum Neuankauf von Kunstwerken, während die andere in den allgemeinen Staatshaushalt abgeführt wurde. Inwieweit die Maßnahme einen Zwang oder Druck auf die angeschriebenen Kulturinstitutionen bedeutete, ist aus den Akten nicht erkennbar, Zeitzeugen waren für diese frühe Verkaufsaktion bisher nicht zu benennen.

Die Staatlichen Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci benannten dem Staatlichen Kunsthandel, für die „Sonderaktion in Leipzig“ jedenfalls 99 Positionen mit insgesamt 245 Kunstgegenständen, von denen 33 Positionen mit 42 Werken später als unverkauft zurückgeliefert wurden. Dabei wurde ein Gesamterlös von 28.806,24 MDN erzielt, von dem gemäß der Anweisung 14.403,12 MDN in Potsdam verblieben.

Von 1969 bis 1973 lassen sich erneut Aktivitäten belegen, die zum Verkauf von Museumsgut führen sollten und an denen der damalige Generaldirektor maßgeblich beteiligt war. Am Anfang stand wohl der Wunsch vieler im Museumsbund der DDR vertretener Kulturinstitutionen, Geld zu erwirtschaften. Vor allem an der technischen Ausstattung und an der Sicherheitstechnik mangelte es den Museen, hier hatte sich seit dem Ende des Krieges wenig getan. Moderne Alarmanlagen kosteten aber nicht nur Geld, hierfür waren in der Regel Devisen vonnöten, da diese Spezialausrüstungen aus dem Westen bezogen werden mußten. U. a. wurde seinerzeit erwogen, Stoffe nachzuweben oder Möbel nachzubauen, Putten abzugießen und zu verkaufen. Konkret benannt wurden u. a. Seiden des 18. Jahrhunderts, das Zeltzimmer in Schloss Charlottenhof, die Faltstühle aus dem Zeltzimmer in Charlottenhof sowie die guß-

eisernen Gartenstühle nach Schinkels Entwurf aus dem Römischen Bädern. Unter dem Schlagwort „Profilierung der Museen“ wurde aber auch die Veräußerung der Depot- oder Magazinbestände der DDR-Museen für Zwecke der Devisenbeschaffung geplant.

Für den Bereich der Potsdamer Schlösserverwaltung war die Abgabe von als Kuriositäten „die für uns heute und später keinen Wert besitzen“ bezeichneten Objekten geplant, wobei ein Teil der Gemälde, die Friedrich Wilhelm I. gemalt hat oder Zinksärge mit Gebeinen von Mitgliedern der kaiserlichen Familie benannt wurden.

Am 29. März 1973 berichtet die offenbar gut informierte Frankfurter Allgemeine Zeitung unter der Überschrift „DDR verzichtet auf Verkauf von Kunstgegenständen“, dass der Ministerrat der DDR überraschend seine Aufforderung an die Staatlichen Museen, Kunstgegenstände im Wert von 60 Millionen DM für den Verkauf ins westliche Ausland bereitzustellen, zurückgezogen hat. Gründe für die überraschende Abkehr nennt die FAZ ebensowenig, wie die Quelle ihrer Information. Es darf davon ausgegangen werden, dass die offenbar erheblichen Widerstände unter den DDR-Museumsleuten dafür mitverantwortlich waren.

Im Jahre 1976 wird der geplante Verkauf von „nichtinventarisierungswürdigen Kunstmöbeln aus dem Depotbestand des Neuen Palais“ aktenkundig, also wohl Beständen, die im Rahmen der Bodenreform nach Potsdam kamen. Es ist aus den Akten nicht ersichtlich, ob es zu diesem Zeitpunkt tatsächlich zu einem Verkauf über den Staatlichen Kunsthandel gekommen ist, oder nicht.

Am 23. Dezember 1985 kam es zwischen der „Kunst und Antiquitäten GmbH“ und den „Staatlichen Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci“ zum Abschluss der bereits erwähnten Rahmenvereinbarung, „über die Verwertung von Gegenständen, die für den Export freigegeben sind“, in der u. a. vereinbart wurde, dass die „Einzelstücke oder Sammelposten, wie Nachlässe usw.“ zum Export in das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet abgegeben werden sollten.

Nach Realisierung des Exportes sollte die Schlösserverwaltung 30 % des Valutaanteiles erhalten, wobei der Erlös für Neuerwerbungen bzw. Ausrüstungen und Materialien, die der Erhaltung von Kunstgut dienen, verwandt werden sollte.

Aus den Im SPSG-Archiv vorhandenen Unterlagen, läßt sich nicht belegen, welche Kunstgegenstände tatsächlich an die KuA abgegeben wurden. Dass aber Verkäufe stattgefunden haben mußten, belegen die über das Valutakonto bei der KuA durchgeführten Bestellungen von Saatgut für Blumen im Werte von 1.000,- Valutamark sowie für Motorkettensägen und Toshiba-Kopiergeräte.

Ausblick

Insgesamt ist durch die Auswertung der SPSG-Aktenbestände deutlich geworden, dass die An- und Verkaufsvorgänge der Staatlichen Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci ohne die Gegenüberlieferung bei den Staatlichen Kunsthandelsbetrieben der DDR nur sehr unvollständig zu rekonstruieren sind. Nicht zu unterschätzen dürfte auch der Aufwand sein, die in den Akten erwähnten Kunstwerke denen im Besitz der heutigen SPSG sicher zuordnen zu können, da vor allem die Abgänge häufig ungenau oder gar nicht dokumentiert wurden. Bei den veräußerten oder für eine Veräußerung vorgesehenen Kunstgegenständen kommt erschwerend hinzu, dass die wohl vorrangig abgegebenen Objekte aus dem sogenannten Bodenreformbestand nie in das Inventar der Schlösserverwaltung aufgenommen worden waren. Die SPSG wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiter versuchen, die Provenienzen der erworbenen Kunstwerke zu klären und dann gegebenenfalls weitere Maßnahmen zur Ermittlung vorheriger Besitzer ergreifen.

Das durchgeführte Pilotprojekt liefert auch eine wichtige Begründung für die Notwendigkeit einer zukünftigen staatlichen Förderung der Provenienzforschung für den Zeitraum der SED-Diktatur. Das heißt, die Sorgfalt mit der der Bestand des NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes nun wenigstens seit einigen Jahren untersucht wird, sollte auch den Überbleibseln der Zweiten

Deutschen Diktatur widerfahren. Sie sollten genauso gründlich erforscht und ggf. restituiert werden, wie die von sogenannten Republikflüchtlingen teilweise an Kulturinstitutionen „verschenkten“ Kunstwerke, da solche Formen des Sammlungs zuganges unter demokratischen Bedingungen nicht zustande gekommen wären.

Die SPSG ist bemüht, ihre in den letzten Jahren erworbene Kompetenz auf diesem Gebiet weiter zu entwickeln und als „Kompetenzzentrum Bodenreform Berlin-Brandenburg“ auch als Ansprechpartner für die Forschungsbelange kleinerer Kulturinstitutionen mit sogenanntem Bodenreform-Besitz zu fungieren.